

Bundesminister Dr. Thomas de Maizière

- (A) das Bundesministerium der Verteidigung bzw. der Bundesminister der Verteidigung in der Bewertung nicht immer ganz einig sind; sonst bräuchte es Sie ja nicht, wenn wir uns in der Bewertung immer einig wären.

(Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]): Oder sonst bräuchte es Sie nicht!

Ich finde, das sollten wir offen aussprechen und mit diesen Meinungs- und Bewertungsunterschieden konstruktiv umgehen.

Die innere Verfassung der Bundeswehr, der Geist, der in ihr herrscht, ist nach meiner Auffassung insgesamt gut. Das gilt ungeachtet festgestellter Mängel und trotz immenser Belastungen durch Auslandseinsätze und Neuausrichtung. Die Bundeswehr wird nie ohne Mängel sein; denn die Bundeswehr besteht aus Menschen. Zu grundsätzlicher Kritik oder grundsätzlicher Besorgnis über die innere Lage unserer Bundeswehr besteht kein berechtigter Anlass.

Ich bin dankbar, dass der Wehrbeauftragte in seinem Jahresbericht erneut darauf hingewiesen hat, dass unsere Soldatinnen und Soldaten eine – ich zitiere – „für die Gesellschaft unverzichtbare und viel zu wenig gewürdigte Aufgabe“ wahrnehmen. Für die meisten Menschen in Deutschland sind die teils extremen Eindrücke und Gewalterfahrungen, denen unsere Soldaten im Einsatz ausgesetzt sind, kaum nachzuvollziehen. Das ist verständlich. Es ist kaum ein größerer Kontrast vorstellbar als der zwischen mancher Einsatzrealität unserer Soldaten und unserem zivilen, weitestgehend gewaltfreien Leben in Deutschland. Zu dieser Einsatzrealität gehört auch, dass es in Deutschland seit einigen Jahren wieder Veteranen gibt, Veteranen der Bundeswehr. Ich bekenne mich heute zu diesem Begriff. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz. Wie andere Nationen sollten auch wir deshalb von unseren Veteranen sprechen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Junge Menschen werden sich nur dann für den Dienst in der Bundeswehr entscheiden und im äußersten Fall ihr Leben für unser Land und unsere Freiheit einsetzen, wenn unsere Gesellschaft den soldatischen Dienst als wertvoll, ja als ehrenhaft ansieht. Ich werde es daher zu einem Schwerpunkt meiner künftigen Arbeit machen, in der Bundeswehr eine Politik für den Umgang mit unseren Veteranen und ihre Versorgung zu formulieren und auf den Weg zu bringen. Ich bin sehr froh, dass wir in dieser Frage mit Ihnen völlig einig sind.

Der Bundesminister der Verteidigung ist hier natürlich besonders gefordert. Richtig ist aber auch: Die ganze Gesellschaft ist hier gefordert. Es geht darum, sicherzustellen, dass unsere Streitkräfte, unser Staat und unsere Gesellschaft denjenigen, die im Einsatz für unser Land Opfer gebracht haben, die verdiente Fürsorge und Anerkennung zukommen lassen. Der Platz der Bundeswehr ist in der Mitte unserer Gesellschaft. Die Bundeswehr wird ihren Beitrag dazu leisten, den Dienst in den Streitkräften attraktiv zu gestalten und diejenigen, die in Ausübung ihres Dienstes physisch oder psychisch zu Schaden gekommen sind, angemessen zu versorgen. Finanzielle Anreize sind dabei wichtig – wir werden diese

Woche noch darüber diskutieren –, sie reichen aber nicht aus. Hinzu kommen müssen Respekt und Wertschätzung sowie attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen. (C)

Ich will eine Forderung aufgreifen, für die Sie werben: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier ist schon einiges geschehen. Vieles muss noch besser werden. Perfekt kann es nie werden. Es liegt in der Natur der Sache, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur während der Einsatzzeit, sondern auch ohne Einsatz in der Bundeswehr besonders schwierig zu organisieren ist. Aber: Wir wollen besser werden. Wir wollen daran arbeiten.

Herr Königshaus, ich danke Ihnen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die zahlreichen Hinweise und Anregungen, die Sie gegeben haben. Ihr Bericht ist für uns Ansporn, nicht nachzulassen, die Fehler abzustellen und dafür zu sorgen, dass die Bundeswehr weiterhin in der Gesellschaft verankert ist. Dazu brauchen wir den guten Geist des Miteinanders, den Verzicht auf unberechtigte Vorwürfe, das harte Nachgehen bei berechtigten Vorwürfen und ein gutes Miteinander in diesem Hohen Haus.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Karin Evers-Meyer hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Karin Evers-Meyer (SPD):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Auslandseinsätze, die Strukturreform, die Frage nach einer Bundeswehr als attraktiver Arbeitgeber – das sind extreme Belastungen für die Bundeswehr und vor allem für die Soldaten. Die Fachpolitiker der Fraktionen wissen das. Wir begleiten diese Prozesse nach Kräften. (D)

Aber natürlich sind wir auch für Unterstützung dankbar. Der Jahresbericht des Wehrbeauftragten ist eine solche Unterstützung. Im Namen meiner Fraktion danke ich dem Wehrbeauftragten, Herrn Königshaus, und seinen Mitarbeitern sehr für diese Arbeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gerade das Jahr 2010 war für die Bundeswehr ein turbulenten Jahr: heftige Gefechte in Afghanistan mit toten und verwundeten Soldaten, die Ankündigung einer tiefgreifenden Bundeswehrreform mit großen Einsparungen, die Aussetzung der Wehrpflicht mit all ihren Folgen und nicht zuletzt der Fall „Gorch Fock“, der den Tod einer jungen Kadettin gefordert und die Bundeswehr und vor allem die Marine Vertrauen gekostet hat, das mühsam zurückgewonnen werden muss. Das alles fällt in den Berichtszeitraum.

Fast schon vergessen ist dabei der enorme Wirbel, den der Fall zu Guttenberg rund um die Bundeswehr ausgelöst hat und auf den wir alle in Anbetracht der wirklich drängenden Fragen hätten verzichten können.

Karin Evers-Meyer

(A) Vor dem Hintergrund dieser komplexen Gemengelage ist es eine durchaus mutige und konsequente Entscheidung des Wehrbeauftragten gewesen, sich in seinem Bericht 2010 auf drei Kernpunkte zu konzentrieren. Insofern teile ich die Auffassung des Wehrbeauftragten, dass neben der ganzen Aufregung eine absolute Priorität haben muss: Unsere Soldatinnen und Soldaten brauchen einen unabhängigen Ansprechpartner, an den sie sich mit ihren Beschwerden und Hinweisen wenden können und der dann dafür sorgt, dass die Kritik in geeigneter Form gesammelt, ausgewertet und wirksam kommuniziert wird. Das ist mit dem vorliegenden Bericht im Wesentlichen gelungen.

Es gibt aber auch Kritik, und zwar auch am Wehrbeauftragten selbst. Herr Königshaus, ich erinnere mich noch sehr gut an Ihre Vorstellung bei uns in der Arbeitsgruppe. Sie wollten zukünftig immer zuerst das Parlament und vor allem den Verteidigungsausschuss informieren und erst dann die Medien. Wenn wir nun auf die 15 Monate Ihrer Amtszeit zurückblicken, dann müssen wir sagen: Wir erfahren Alarmmeldungen immer häufiger aus der Presse. Das war bei der „Gorch Fock“ sowie bei angeblichen Ausrüstungsmängeln in Afghanistan so, und das betraf auch die Kritik an einzelnen Stützpunkten. Das ist nicht das, was Sie sich vorgenommen hatten, als Sie Ihr Amt angetreten haben.

Im Wehrbeauftragtengesetz heißt es: Der Wehrbeauftragte informiert das Parlament. Die Regierung berichtet dem Ausschuss und dem Parlament, nicht zuerst dem Wehrbeauftragten. – Ich finde, da hat sich etwas eingeschlichen, wo man etwas sensibler sein muss; denn das ist nicht das, was die Abgeordneten von ihrem Wehrbeauftragten und in der Reaktion letztlich von der Regierung erwarten.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ansonsten gar nicht weiter auf den Bericht und die Stellungnahme des Ministers im Einzelnen eingehen. Das Ministerium hat sich wieder einmal bemüht, auf alle Kritikpunkte detailliert einzugehen. Die Antworten überzeugen natürlich nur in Teilen; das ist bei der Opposition ja üblich. Gut gelungen, so finden wir, ist der Bericht im Bereich der Sanität.

Wir haben aber auch wesentliche Kritikpunkte. Gerade ist das Soldatenversorgungsgesetz angesprochen worden. Man muss sagen, dass es der Regierung nicht gelungen ist, auf den gemeinsamen Vorschlag der Fraktionen einzugehen. Das vermischen wir. Zwar sagten Sie gerade, das alles sei gut geregelt. Aber ich meine, da hat die Regierung noch einen gewaltigen Nachholbedarf.

(Beifall bei der SPD)

Ein anderes Thema ist die ewige Sorge um die Vereinbarkeit von Familie und Dienst. Die Antworten, die gegeben werden, helfen niemandem weiter. Ich nenne einmal ein Beispiel:

Der Wehrbeauftragte kritisiert in seinem Bericht, dass viele Soldatinnen und Soldaten deutlich länger als vier Monate im Einsatz sind – vor allen Dingen in Afghanistan. Das ist eine Klage, die nicht nur der Wehrbeauf-

tragte regelmäßig zu hören bekommt, sondern das bekommen auch alle Kolleginnen und Kollegen bei den Besuchen in den Standorten regelmäßig zu hören. Was das für die Soldaten und vor allem für die Familien bedeutet, haben wir in diesem Hause ja auch schon ausführlich besprochen. Das erspare ich mir hier.

Mehr als ärgerlich finde ich aber die Reaktion des Ministeriums. Da ist dann wieder nur von Einzelfällen und davon die Rede, dass es sich bei manchen Gruppen, wie Spezialisten, nicht vermeiden lässt, dass der Auslandseinsatz länger dauert. Ich finde, diese Antwort ist ärgerlich, weil unsere Erfahrung und die der Soldatinnen und Soldaten und vor allen Dingen die der Angehörigen ganz anders ist. Mittlerweile gehen ganze Einsatzkontingente mit der Ansage nach Afghanistan, dass sie auf jeden Fall sechs Monate lang da bleiben müssen. Von einer Ausnahme kann hier nicht die Rede sein. Vor diesem Hintergrund finde ich die Aussage des Ministeriums ein bisschen unehrlich. Die Realität sieht anders aus; das wissen wir.

Das wird ja auch denjenigen berichtet, die sich für die Arbeit bei der Bundeswehr interessieren. Daran sollte man auch denken, wenn man die Bundeswehr zu einem attraktiven Arbeitgeber machen will.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass die Bundesregierung die Kraft findet, die anstehenden Reformen kraftvoll und konsequent zu gestalten. Es steht ein Kraftakt bevor. Die Soldaten und Zivilbeschäftigten schauen in diesen Wochen gebannt darauf, was die Bundesregierung tut. Ich wünsche Ihnen Erfolg, weil es um diese Menschen und um die Zukunft der Bundeswehr insgesamt geht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Der Kollege Christoph Schnurr hat das Wort für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Christoph Schnurr (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Wehrbeauftragter, zu Beginn möchte ich Ihnen noch einmal für den Bericht danken. Es ist immer gut, wenn ausführlich über den Zustand der Truppe und auch über einzelne Mängel berichtet wird. An dieser Stelle danke ich insbesondere auch dem Ministerium, das, wie ich glaube, sehr detailliert auf die Fragen geantwortet hat, welche Mängel noch vorhanden sind und welche Mängel schon abgestellt wurden; denn es gehört auch dazu, dass man das offen anspricht.

Die Institution des Wehrbeauftragten ist wichtig; das ist schon angeklungen. Sie ist im Grundgesetz verankert. Das Amt ist ein Hilfsorgan des Parlamentes. Ich glaube, dass es nicht nur wichtig für uns ist, damit wir unsere Aufgabe wahrnehmen können, sondern sicherlich auch für die Soldatinnen und Soldaten und für einen großen